

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
eingetragen in die
Postzettelstelle Nr. 6482.

Zuzelpreis:
50 Pf. für die 3 geplatt.
Postkarte.

Geschäftsangelegen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: Nr. 35815 Postleitzahl Hannover.

Verlag von A. Bredt,
Druck von C. A. H. Meissner & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Petzil, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

In der Abwehr.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 12. und 13. August im Reichswirtschaftsrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Er beschäftigte sich nach einem einleitenden Referat des Mitgliedes des Bundesvorstandes Eggert mit der Lage der deutschen Wirtschaft, die durch die Offensive des Unternehmertums gegen Löhne und Arbeitszeit sowie durch den Bunde mit der Reichsregierung unternommenen Versuch, auf dem Wege der Gesetzgebung die Gewinnquote von Industrie und Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die Verbraucher, insbesondere die Arbeitnehmerschaft, zu erhöhen, charakterisiert ist.

Die gewerkschaftspolitische Konsequenz aus dieser Situation, die eine weitere Herabsetzung der Kaufkraft, eine Verkümmern des Inlandsmarktes und eine Periode verstärkter Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß, ist die entschlossene und mit gesteigertem Nachdruck durchgeföhrte Fortsetzung des Kampfes um die Goldlohnshöhe, den die Gewerkschaften seit der Stabilisierungskrise aufgenommen haben. In diesem Kampfe waren die Gewerkschaften auf ihre eigene Kraft angewiesen. Sie werden auch in Zukunft von dieser Reichsregierung nichts zu erwarten haben. Daher werden sie auch die bevorstehenden verschärften Kämpfe unter geschlossenem Einsatz der eigenen Mittel führen müssen. Auch der Reichsarbeitsminister scheint sich der Schule jener Wirtschaftspolitiker anzuschließen, die die Ursache der Wirtschaftskrise ausschließlich in angeblich zu hohen Gehältern und Löhnen erblicken und im Wirtschafts- und Finanzministerium den maßgebenden Einfluß ausübt. Mindestens aber scheint von ihm keine entschiedene Stellungnahme gegen die vom Wirtschafts- und Finanzministerium betriebene "theilweise Wirtschaftspolitik" zu erwarten sein.

Der Bundesausschuss hat die einmütige Auffassung der Gewerkschaften in der folgenden Entschließung zusammengefaßt, die einstimmige Annahme fand:

"Die jetzige wirtschaftspolitische Lage in Deutschland ist gekennzeichnet durch das hemmungslose Streben großer Teile des Unternehmertums in Handel, Industrie und Landwirtschaft, ihre Gewinne nicht nur im Wege des wirtschaftlichen Kampfes, sondern auch im Wege der Gesetzgebung, in eigenmächtiger Weise zu steigern, unbekümmert um die dadurch bedingte Schädigung der ohnehin unzureichenden Lebenshaltung der Arbeiterschaft."

Diese wirtschaftspolitische Situation wird grell heilechter durch die Denkschriften des Unternehmertums an die Regierung, durch Nichtbeachtung verbindlich erklärter Schiedsgerichte, durch Massenkündigungen von Arbeitern zum Zwecke des Lohndrucks, durch die fortgesetzten Angriffe auf den Arbeitstundenfaktor, auf die soziale Gesetzgebung, auf die Rechte der Betriebsräte, auf alle Errungenschaften der Arbeiter und durch die vom Unternehmertum des Berggewerbes angedrohte Generalauspeppung der gesamten Bararbeiterschaft; ferner durch die ungenügende Erhöhung des steuerfreien Lohn- und Gehaltssteiles, durch die gezielte Erhöhung der Wohnungsmieten, vor allem aber durch die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag.

Mit zunehmender Deutlichkeit begünstigen der Reichskanzler Dr. Luther und die jetzige Regierung das gewinnstiftige und eignungsläufige Machtsstreben des Unternehmertums. Die Zollvorlage als Produkt dieser Regierung, ihre Behandlung durch die Regierungsorgane, die Geringabschätzung der Gefahren hervorragender Wirtschaftswissenschaftler, die Nichtbeachtung der Notrufe und Proteste der Arbeiterschaft, die Einstellung der amtlichen Schlüpfstellen, die vielfach in der einseitigsten Weise nur die Unternehmerwünsche berücksichtigen — das alles zeigt, wie sehr die jetzige Regierung in den Kurs des Unternehmertums eingeschwenkt ist.

Durch die preissteigernden Wirkungen der Zollgesetzgebung wird die Lebenslage der Arbeiterschaft unerträglich verschärft. Die Erhöhung der Wohnungsmiete trifft besonders schwer die unbemittelte Bevölkerung der Kleinstädte. Die Heraufsetzung des steuerfreien Einkommens von 60 Mark auf 80 Mark, die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1% auf 1 Prozent bringen keine Erleichterung, denn sie sind durch die starke Erhöhung der indirekten Steuern auf Genußmittel mehr als aufgehoben. So bleibt die Zollvorlage mit ihrer ganzen Schwere und in vollem Umfange als Belastung des Arbeitershaushaltes bestehen. Das ist eine für die Arbeiterschaft unmögliche Situation.

Indem der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Tatsache feststellt, richtet er an die Arbeiterschaft die Ansforderung, sich fester denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um in erfolgreichen Wirtschaftskämpfen die Grundlage ihres Lebens zu sichern."

Erstattung von Lohnsteuer.

Frist zur Antragstellung bis 31. Dezember 1925 verlängert.

Durch die Neuregelung des Steuerzugs vom Arbeitslohn haben die Lohnsteuerpflichtigen in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf die Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuerbeträge erhalten. Für das Jahr 1924 besteht dieser Anspruch in zwei Fällen: 1. bei Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit usw. und 2. bei dem Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse des Steuerpflichtigen (Krankheit, Unglücksfall u. dergl.). Danach besteht in allen Fällen, in denen der steuerfreie Betrag nicht in voller

Gauleiter Haberhauß behandelt die von ihm zu bearbeitenden baustoffzugehörigen Industrien. Die geringe Baufähigkeit wirkt naturgemäß lähmend auf den Geschäftszugang. Arbeitslosigkeit und Mitgliederlückgang haben das Machtverhältnis zugunsten der Arbeitgeber verschoben, was seinen Ausdruck in niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit fand. Wenn es dennoch gelungen sei, weitere Angriffe der Arbeitgeber abzuwehren, dann verdanke das die Arbeiterschaft der Wachsamkeit des Verbandes. Besonders die Ziegler, hauptsächlich soweit sie Kampagnearbeiter seien, legten keinen besonderen Wert auf den Arbeitskundtag. Letzteres sei menschlich verständlich, wenn man in Betracht zöge, daß diese Leute in den Wintermonaten fast restlos erwerbslos seien und insgesamt dessen das Beste streben hätten, in den Sommermonaten recht viel, und sei es auch durch Überstunden, zu verdienen.

Am besten sei das Organisationsverhältnis in Kalk-Industrie, bedingt durch das Feilen eines Bezirksvertrages, wodurch die Arbeiter mehr zur Aktivität gezwungen wären.

In der Diskussion kommt zum Ausdruck, daß die Delegierten mit der Tätigkeit des Gauvorstandes einverstanden sind.

Beim zweiten Punkt gibt Hillebrand den Bericht vom Verbandsstag. Er gliedert seine Ausführungen in den konstruktiven Aufbau und die Wirtschafts- und Sozialpolitik unseres Verbandes. Aus den Verhandlungen habe sich ergeben, daß der gesamte Vorstand diese Rechnungsablage nicht zu scheuen gehabt hätte. Trotz der Kritik habe man dem Vorstand ein einstimmiges Vertrauensvotum ausgestellt.

Die Frage Schaffung der Industrieverbände, erklärt Redner, ist zum Schlagwort geworden. Unsere Vertreter auf dem Gewerkschaftskongress würden unser Ziel zu vertheidigen wissen. Der Verband solle nicht nur sein Augenmerk darauf richten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, sondern auch die Forderungen der Sozialversicherung sich angelegen sein lassen. Eine der Forderungen müsse sein, Abtfassung der Betriebskrankenkassen und ihre Eingliederung in die Ortskrankenkassen.

In der Diskussion, die vornehmlich von Adler (Hannover) bestritten wird, gibt Redner wertvolle Ergänzungen zu den Ausführungen des Vorsitzenden. In den Beispielen der Margarine- und Speisöl-Industrie führt er den Nachweis, daß die Forderungen Dömanns unhalbar seien. Weiter geht er auf die Änderungen der Beiträge und Unterstützungen ein.

Beyer (Goslar) führt den gleichen Nachweis der Unzurückfahrbarekeit der Pläne Dömanns aus der Aluminium- und Härtungsindustrie an, deren Produktion ein rein chemisches Verfahren darstellt.

Punkt 3 der Tagesordnung, "Das Finanzgebaren und die Verwaltung der Zahlstellen", wird vom Verbandssekretär Rößler ausführlich behandelt. Ist doch dieser Tätigkeitsbereich von ausschlaggebender Bedeutung für die Existenz des Verbandes. Besonders kritisiert Redner die mangelhafte Beitagsleistung im Bau, die metallisch unter dem Reichschnitt liege. Außer den für die Kollegen bereitzuhaltenden Mitteln habe die Hauptkasse noch Mittel für den ADGB, für die Fabrikarbeiter-Internationale und für die Internationale Solidarität bereitzustellen. Mit dem Erfassen einer pünktlichen Beitragskäffierung und wöchentlichen Abführung der Gelder an die Hauptkasse schließt Redner seine Ausführungen.

Im zweiten Verhandlungsfase geht Haberhauß auf die Beitragsleistung des 2. Quartals ein und kritisiert einige Zahlstellen, die noch erheblich unter dem Durchschnitt geblieben sind. Er begründet dann noch einen Antrag, der folgenden Wortlaut hat:

Die heutige Gaukonferenz des Gaues 1 beschließt, daß die Verbandsagsbeschlüsse bezüglich der Beitragshöhe mit sofortiger Wirkung in Kraft treten.

In der Aussprache werden von einigen Kollegen Bedenken laut. Bei der dann vorgenommenen Abstimmung kommt über der einstimmige Wille der Delegierten durch Annahme des Antrages zum Ausdruck, schon jetzt dem Verband die Mittel zur erfolgreichen Befreiung der Kollegenschaft zu bewilligen.

Als Verbandsbeisitzer stimmt jeder wurden gewählt die Kollegen Konferenz (Hannover), Krull (Bielefeld), Küster (Stedeldorf).

Bei Punkt 5 behandelt Adler (Hannover) das Thema: "Gewerkschaften und Betriebsräte". Von einer großen Sachkenntnis gefragt, gibt Redner das Betriebsratgesetz und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft durch. Bei tieflagerer Anwendung durch die Betriebsräte, was eine genaue Sachkenntnis voraussetze, freie der Vorstand gegenüber dem rechtsseitigen Zustand der Vorkriegszeit deutlich in die Erziehung. Der Arbeiterschaftsrat sei schon im Artikel 165 der Reichsverfassung anerkannt. Die von revolutionären Betriebsratkongressen geforderte Ausbildung der Gewerkschaften sei an dem gesunden Sinn der Arbeiterschaft gescheitert. Man habe eingesesehen, daß ohne die Gewerkschaften die Betriebsräte zur Ohnmacht verdammt seien. Beispiele zeigt Redner, daß die Gewerkschaften auf die Betriebsräte Einfluß haben müßten, und daß gesonderte Konferenzen abzulehnen seien. Betriebsräte und Gewerkschaften sind eins.

Im Punkt 6: Welchen Einfluß hat die Struktur der Wirtschaft im Gebiete Niedersachsen auf unsere Lohn- und Tarifpolitik? führt Gauleiter Scheinhardt, daß zu seinem Thema wenig gutes Material vorliege. Das niedersächsische Wirtschaftsgebiet, welches sich von der Elbe bis zum Teutoburger Wald und von der Nordsee bis zum Süderharz und nach Goslar erstrecke, weise eine Bevölkerungszahl von 5% Millionen auf 55 000 Quadratkilometer auf, mit vorwiegend Landwirtschaft. Gegenüber dem Reichsgebiet mit 127 Einwohnern auf den Quadratkilometer befragte der Durchschnitt im niedersächsischen Gebiet nur 95 Einwohner. Trotzdem sei infsoz der Wasserwege, der Eisenbahnen und der Talsperren (der Harz hat allein 75 Talsperren) die Zahl der Arbeiter von 380 000 im Jahre 1907 auf 600 000 im Jahre 1924 gestiegen. Allein die Stadt Hannover beherberge 85 000 Arbeiter in ihren Mauern, die vornehmlich in der Metall- und Gummi-Industrie beschäftigt seien. Lebhafte Industrie habe die Zahl der Arbeiter von 700 im Jahre 1907 auf 20 000 im Jahre 1922 erhöht. Gegenwärtig beschäftigte allein die Continental 14 000 Arbeiter.

Im Verschiedenen fordert Adler auf zum genauen Studium des Betriebsrats- und des Handelschul-

Wirtschafts (Stedeldorf) weist auf die niedrigen Beiträge gegenüberlicher Organisationen hin.

Haberhauß kündigt die Teilnahme von Gauvorstandvertretern bei Kassenrevisionen in den Zahlstellen an und fordert mehr Bericht bei den Materialbeschaffungen.

Goslar wird als nächster Tagungsort bestimmt. Schluß der Konferenz Montag, mittags 2 Uhr.

Die Gaukonferenz des Gaues 1

fand am 9. und 10. August im Gewerkschaftshaus zu Hannover statt. Es war beiwohnt von 27 Zahlstellen mit 34 Delegierten, 2 Mitgliedern des Hauptvorstandes und 6 Gauvorstandsvetretern.

Zum 1. Punkt, Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes, sprach Gauleiter Scheinhardt. Er unterzog die Inflationszeit und ihre Nachwirkungen auf die Gewerkschaften einer eingehenden Befragung. Die Gesetze der kapitalistischen Ordnung zwingen die Arbeiter zum Zusammenschluß. Trotzdem sei nicht zu verteuern, daß die Inflationszeit schwändig gewesen habe, was durch die Mitgliederziffern zum Ausdruck komme. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit könnte aber eine stetige Anfangsbewegung festgestellt werden.

Im Gange stand Abrechnung vom 2. Quartal 1925 die Mitgliederzahl 31 653 in 36 Zahlstellen.

Einige Zahlstellen seien in ihrer Aktionsfähigkeit der Inflation und den sozialistischen Witterungen zum Opfer gefallen. Sie werden aufgeteilt. Andere wußten den Geschäftsjahr entflohen und die Geschäfte ehrenamtlich verwaltet. Redner behandelt an Hand des Geschäftsbuchs, der den Teilnehmern vorlag, die Entwicklung der Löhne.

Zur Frage der Industrieverbände kritisiert Redner das Verhalten einiger Organisationen, die versuchen, in unser Gebiet einzudringen und deren zum Gewaltsein gebracht werden müßte, das wir nicht mit uns spielen lassen.

Eine Zahlstellenleiter-Konferenz für den Soz 3 (Brandenburg)

fand am Sonntag, dem 2. August 1925, in Berlin im Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht vom Verbandstage.
2. Mitgliederbewegung und Kassenführung.
3. Wahlen: a) Gauleiter, b) Verbandsbeamter.
4. Verschiedenes.

Den Bericht vom Verbandstage verfasste Kollege Rücker (Berlin), der sich im Hinblick auf die Verbesserung der gesetzlichen Beschützung des "Proletarien" darauf beschränkte, ein Stimmungsbild über die Tagung zu geben. Den Ausführungen folgte eine lebhafte Diskussion, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz. Über Mitgliederbewegung und Kassenführung referierte Kollege Kohl. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß sich die Erwartungen über eine allgemeine Mitgliederzunahme leider nicht erfüllt haben. Während in den meisten Zahlstellen die Entwicklung als befriedigend bezeichnet werden kann, sind in anderen Zahlstellen durch verbandswidriges Verhalten von Kollegen die Mitgliederzahlen ganz erheblich zurückgegangen. Ein Angestellter, der eine gute Zahlstellen durch sein Verhalten in Grund und Boden gewirtschaftet hatte, mußte ausgeschlossen werden. Auch in den anderen Zahlstellen ist von der Gauleitung sofort eingegriffen und Abhilfe geschaffen worden, so daß sich auch hier schon eine Besserung bemerkbar macht. Eine Mitgliederzunahme von 1014 steht ein Abgang von 1209 gegenüber, wodurch ein Verlust von 195.

Durch den Beschluß des Verbandstages sind alle der Hauptkasse einbehaltene Gelder zurückzuzahlen (damit die letzte Hoffnung einzelner Zahlstellen auf Streichung der Schulden begründet), und es erwacht nun den Zahlstellen die Pflicht, mit Auseinander zu ziehen der Schulden heranzutragen.

Stattdem Kollege Kohl noch über die Lohnbewegungen im Gau berichtet hatte, schießt eine rege Diskussion ein, in der von den Rednern immer wieder der Willen betont wurde, um Ausbau der Organisation aufzuarbeiten.

Im Schlußwort sagte Kollege Kohl im Auftrage der Gauleitung, den gegebenen Anregungen Rechnung tragen zu wollen, insbesondere die nördliche Grenzmark durch Errichtung einer Bezirkzahlstelle oder Angliederung an eine solche agitatorisch besser zu erschaffen!

Die vorgenommenen Wahlen zeigten folgendes Ergebnis: In den Gaubezirken wurden gewählt die Kollegen Richard Reimann (Berlin), Brüll (Guben), Hirschau (Cottbus), Frank (Frankfurt), Sielaff (Neubrandenburg), Schönborg (Potsdam), Sonnenburg (Zehdenick). In den Verbandsbezirken wurden gewählt: Wilhelm Reimann (Berlin) und Brüll (Guben), als Ersatzleiter: Rücker (Berlin) und Kertstan (Cottbus). Für die Gehaltskommission wird Kollege Wilhelm Reimann wieder im Wahlgang bestätigt. Unter Vertretenden wurden noch Wünsche innerer Art der Gauleitung übermittelt und dann mit einem feierlichen Abschlußwort des Kollegen Kohl endet ein kräftig aufgenommenen Hoch auf den Fabrikarbeiterkundgebungskongressen geschlossen.

Zufriedigend stand noch eine Zusammenkunft für die Papierindustrie und eine solche für die Zucker-Industrie statt.

Streikkreis

Jugendbewegung.

Die 2. Konferenz zur Befreiung von Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit

fand am 7. und 8. August in Hamburg mit folgender Tagesordnung:

1. Jüngste Jugendarbeit ist der Leipziger Gewerkschaftskongress (Referent: Dr. Räßke, DGB).
2. Jugend und Beruf (Referent: E. Weiß, Textilarbeiterverband).
3. Gewerkschulen und Berufsschule (Referent: Paul Kosse, Berlin).
4. Die Berufsausbildung in der Gesetzgebung.
 - a) Der neue Gesetzesentwurf (Referent: R. Linn, Holzarbeiter-Verband).
 - b) Die praktische Ausbildung der Gewerkschulen an der Tagung der Lehrverbändekonferenz (Referent: A. Füll, Lehrerarbeiter-Verband).

An der Konferenz nahmen teil 190 Vertreter der Gewerkschaften und fast 600, darunter zwei Vertreter der österreichischen Gewerkschaften. Der Konferenzvorsitzende war vertreten durch die Kollegen A. Schmidt (Hannover), Riemann (Hannover), Welteveld (Hannover), Seidenstürtz (Hannover), Hanneken (Berlin), Bierstedt (Chemnitz) u. d. O. Schaeffrodt (Bielefeld). Die verlässliche Teilnahme eines Vertreters des kommunalen Jugend als Gast wurde eingesetzt mit der Begründung, daß man ja nicht freie Freunde als Gäste zu begrüßen. Das Beisammensein der kommunalen Jugend sei aber nicht unzumutbar. Als Vorsitzender der Konferenz wurden der Jugendkurator Kuckert (Hannover) und weiter Vertreter ausgewählt A. Schmidt (Hannover) gewählt.

Der Vorsitz des Jugendreferenten beim DGB, Kollege Maierhofer, gab einen ausführlichen Bericht über die gewerkschaftliche Jugendarbeit vor dem Leipziger Gewerkschaftskongress. Nach der Sitzungsversammlung und dem öffentlichen Auftritt in der Gewerkschaftszeitung hatte die Jugend mindestens ebenso stark zu leiden wie die entsprechenden Arbeitnehmer. Schon kritisierte Maierhofer die wichtigen Lehrtagsvoraussetzungen, die von den Hochschulangehörigen gestellt und bis auf 30 % pro Woche herabgesetzt. Die Hochschulangehörigen rückten zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in den zentralen und lokalen Stellen. Das Geschick der gewerkschaftlichen Jugendangelegenheiten muß eingeführt werden. Mit der Auflösung der gewerkschaftlichen Jugendorganisation und dem kommunistischen Untergang in der Gewerkschaftszeitung hätte die Jugend mindestens ebenso stark zu leiden wie die entsprechenden Arbeitnehmer. Schon kritisierte Maierhofer die wichtigsten Lehrtagsvoraussetzungen, die von den Hochschulangehörigen gestellt und bis auf 30 % pro Woche herabgesetzt. Die Hochschulangehörigen rückten zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in den zentralen und lokalen Stellen. Das Geschick der gewerkschaftlichen Jugendangelegenheiten muß eingeführt werden. Mit der Auflösung der gewerkschaftlichen Jugendorganisation und dem kommunistischen Untergang in der Gewerkschaftszeitung hätte die Jugend mindestens ebenso stark zu leiden wie die entsprechenden Arbeitnehmer. Schon kritisierte Maierhofer die wichtigsten Lehrtagsvoraussetzungen, die von den Hochschulangehörigen gestellt und bis auf 30 % pro Woche herabgesetzt.

Der Vorsitz des Jugendreferenten beim DGB, Kollege Maierhofer, gab einen ausführlichen Bericht über die gewerkschaftliche Jugendarbeit vor dem Leipziger Gewerkschaftskongress. Nach der Sitzungsversammlung und dem öffentlichen Auftritt in der Gewerkschaftszeitung hatte die Jugend mindestens ebenso stark zu leiden wie die entsprechenden Arbeitnehmer. Schon kritisierte Maierhofer die wichtigsten Lehrtagsvoraussetzungen, die von den Hochschulangehörigen gestellt und bis auf 30 % pro Woche herabgesetzt. Die Hochschulangehörigen rückten zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in den zentralen und lokalen Stellen. Das Geschick der gewerkschaftlichen Jugendangelegenheiten muß eingeführt werden. Mit der Auflösung der gewerkschaftlichen Jugendorganisation und dem kommunistischen Untergang in der Gewerkschaftszeitung hätte die Jugend mindestens ebenso stark zu leiden wie die entsprechenden Arbeitnehmer. Schon kritisierte Maierhofer die wichtigsten Lehrtagsvoraussetzungen, die von den Hochschulangehörigen gestellt und bis auf 30 % pro Woche herabgesetzt.

Der Vorsitz des Jugendreferenten beim DGB, Kollege Maierhofer, gab einen ausführlichen Bericht über die gewerkschaftliche Jugendarbeit vor dem Leipziger Gewerkschaftskongress. Nach der Sitzungsversammlung und dem öffentlichen Auftritt in der Gewerkschaftszeitung hatte die Jugend mindestens ebenso stark zu leiden wie die entsprechenden Arbeitnehmer. Schon kritisierte Maierhofer die wichtigsten Lehrtagsvoraussetzungen, die von den Hochschulangehörigen gestellt und bis auf 30 % pro Woche herabgesetzt.

Der Vorsitz des Jugendreferenten beim DGB, Kollege Maierhofer, gab einen ausführlichen Bericht über die gewerkschaftliche Jugendarbeit vor dem Leipziger Gewerkschaftskongress. Nach der Sitzungsversammlung und dem öffentlichen Auftritt in der Gewerkschaftszeitung hatte die Jugend mindestens ebenso stark zu leiden wie die entsprechenden Arbeitnehmer. Schon kritisierte Maierhofer die wichtigsten Lehrtagsvoraussetzungen, die von den Hochschulangehörigen gestellt und bis auf 30 % pro Woche herabgesetzt.

stunden zu verlegen. Versuche, die an einigen Orten sogar von Lehrern unterstellt worden sind.

Die Zusammenarbeit mit dem Zentralausschuß deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Über Mitgliederbewegung und Kassenführung referierte Kollege Kohl.

Der Bericht vom Verbandstage verfasste Kollege Rücker (Berlin), der sich im Hinblick auf die Verbesserung der gesetzlichen Beschützung des "Proletarien" darauf beschränkte, ein

Stimmungsbild über die Tagung zu geben. Die Kollegen Sabath, Rücker, Kertstan und Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der Hauptsache um die Stellungnahme des Verbandstages zur Frage "Bildung von Industriegesellschaften". Die Kollegen Kertstan, Kohl sowie Rücker in seinem Schlussswort rechtfertigten in überzeugender Weise die angenommene Einschließung des Verbandsstages, und dieselbe fand einmütige Billigung durch die Konferenz.

Der Bericht des Zentralausschusses des DGB, Berlin, deutet das Jungendorf an (dessen Verbandsmitglied als Gast an den Verbandstagen teilnahm), bezeichnete den Bericht als aufschlußreich. Ferner war er, daß zwischen dem Jungendorf und dem Verbandstag eine lebhafte Diskussion stattgefunden habe, und zwar in der H

Papier-Industrie**Schiedsspruch in der Papiererzeugungsindustrie.**

Nachdem in den parlamentarischen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband in der Arbeitszeit-, Nacharbeiterzuschlags- und Ferienfrage keine Einigung zu erzielen war, rief dieser die Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums an. Die Schlichtungskammer tagte am 14. August d. J. und fällte folgenden Schiedsspruch:

Zu III C 4261/25. Berlin, den 14. August 1925.
im Reichsarbeitsministerium.

Zum Tarifstreit:

dem Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie C. V.

dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands.

dem Gewerksverein Deutscher Fabrik- und Handarbeiter (G. D.)

dem Zentralverband der Maschinen- und Holz- sowie Berufsgenossen Deutschlands,

dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands,

hat die Schlichtungskammer, die der auf Grund des Artikels I, § 2, Abs. 1, Satz 2, der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter gebildet, in der Sitzung vom 14. August d. J. im Reichsarbeitsministerium, an der teilgenommen haben die Herren

Bauer vom Reichsarbeitsministerium als Schlichter,

Diamant, Greulich, Dr. Coerper als Beisitzer auf Arbeitgeberseite,

Porsch, Eins, Graf als Beisitzer auf Arbeitnehmerseite,

folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Hinsichtlich der Arbeitszeit und der Berechnung der Überstundenbezahlung verbleibt es bei den Bestimmungen der Vereinbarung vom 16. Dezember 1924. 20. Februar 1925 bis 31. Dezember 1925, mit der Maßgabe, daß der in zwei Schichten beschäftigten Arbeitnehmern an Stelle eines Zuschlages von 10 Prozent ein solcher von 20 Prozent gezahlt wird. Aber die vom 1. Januar 1926 an zu vereinbarenden Arbeitszeitregelung haben die Parteien spätestens Anfang November d. J. zu verhandeln.

2. Für die regelmäßige Nacharbeit wird ein Zuschlag nicht gewährt.

3. Hinsichtlich der strittigen Ferienbestimmungen gilt:

Auch bei etwaiger Kurzarbeit wird für jeden Urlaubstag mindestens der achtfache Stundenlohn gezahlt.

Bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber und bei einer Aushebung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer aus Gründen des § 124 GO wird nach mindestens einjähriger Tätigkeit der Urlaub anteilig gewährt. Bei einer durch den Arbeitnehmer erfolgten Kündigung und bei Entlassungen aus § 123 GO besteht ein Anspruch auf anteiligen Urlaub oder anteilige Urlaubsbezahlung nicht.

Erklärungsfrist für die Parteien untereinander und mit gegenüber spätestens 29. August d. J.

Der Schlichter.

gez. Bauer.

Beglückt:

gez. Kubow.

Trotzdem wir den Unternehmern und der Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums die Ungerechtigkeit des Zweischichtensystems nachwiesen, auf dessen Auswirkungen auf die Gesundheit der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht und die Tatsache hervorgehoben haben, daß eine derartige unmenschlich lange Arbeitszeit einer Freiheitsberaubung der dann von betroffenen Arbeiterschaft der Papier-, Zellstoff-, Papp- und Holzstoffarbeiterchaft gleichkommt, ist durch diesen Schiedsspruch die 54 bis 96stündige Arbeitszeit für die Arbeiter befreien geblieben, in denen Betrieben die verlängerte Arbeitszeit auf Grund des Schiedsspruches vom 5. März 1924 oder auf Grund freier Vereinbarung bestand und durch das Abkommen vom 16. Dezember 1924 vorläufig verlängert wurde.

Einzig und allein zur Bezahlung der wirklich geleisteten 12stündigen Arbeitszeit konnte sich die Schlichtungskammer ausschwingen. Der von uns geforderte Nacharbeiterzuschlag wurde von der Schlichtungskammer glatt abgelehnt.

In der Ferienfrage wurde in dem Schiedsspruch die überflüssige Bestimmung aufgenommen, daß auch bei Kurzarbeit für jeden Urlaubstag mindestens der achtfache Stundenlohn bezahlt wird. Diese Bestimmung war schon deshalb überflüssig, weil nach dem Wortlaut des § 8 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. April 1922 die Arbeitgeber dazu verpflichtet waren. Der Schiedsspruch enthält aber weiterhin eine Verschlechterung dadurch, daß in ihm die Bestimmungen der Vereinbarung vom 16. Dezember 1924 nicht aufgenommen wurden, wonach auch die Arbeitnehmer Anspruch auf höhere Urlaubsbezahlung haben, die länger als 8 Stunden im Betrieb arbeiten müssen.

Da außerdem der Schiedsspruch nicht erwähnt, ob die übrigen Bestimmungen des Gesamtarbeitsvertrages aufrecht erhalten bleiben, ist auch durch diesen Schiedsspruch die rechtliche Geltungsfrage des Gesamtarbeitsvertrages noch ungeklärt.

Mit Hilfe der Gauleiter haben wir diesen Schiedsspruch der Kollegenschaft zur Abstimmung unterbreitet. Nachdem dieser Artikel der Kollegenschaft zu Gesicht kommt, dürfte die Entscheidung über Ablehnung oder Annahme des Schiedsspruches durch die Arbeiterschaft bereits gefüllt sein. Von der Entscheidung der Kollegenschaft wird es abhängen, ob wir diesen Schiedsspruch anerkennen oder ablehnen.

Zusätzlich geht aber hervor, daß die Kollegenschaft der Papiererzeugungs-Industrie weder durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, noch durch Eingreifen der staatlichen Schlichtungsinstanzen eine Lösung der Frage der achtfürstündigen Arbeitszeit zu erwarten hat und daß diese Lösung einzig und allein in der Papierarbeiterchaft und deren Organisationsstärke im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands liegt.

G. Stähler.

Industrie der Steine und Erden**Der Kampf der Arbeiter in den Dachziegelfabriken**

H. Martin, Sommerde.

Der vor kurzem verstorbene Inhaber der Dachziegelfabrik H. Martin, Vorsitzender des Vereins deutscher Dachziegelfabrikanten, ließ es sich stets angelegen sein, seine Arbeiter zu beprotegen. Wer sich im Fabrikarbeiterverband organisierte, wurde rücksichtslos verfolgt. Den Vertretern unserer Organisation

wurde unter Androhung der Haussiedensbrüchelage das Betreten selbst der Arbeiterwohnungen verboten. Dagegen wurden die Bestrebungen der gelben Werkbereiche firmenselbst nachdrücklich gefordert.

Im Kriege lag das Werk vielfach still; trotzdem war die Organisation — wenn auch nur beschränkten Umfangs — noch vorhanden. Nach dem Kriege, 1919, wo zeitlich 300 Personen dort beschäftigt waren, dann alles im Fabrikarbeiterverbande. Einige unserer Kollegen glaubten damals ohne gewerkschaftliche Organisation alles, aber auch alles erreichen zu können. Verprechungen anderer Personen fanden williges Gehör, man trat zu den Syndikalisten über. Das Gegenteil von dem, was die Syndikalisten der Arbeiterschaft versprochen und die maßen auch geglaubt hatten, trat ein. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen blieben trotz vieler "Generalstreiks" anderen Bezirken gegenüber so weit zurück, daß bei fast allen Verhandlungen die Unternehmer darauf hinwiesen. Nach geräumiger Zeit endlich sah die mittlerweile fast 300 Mann stark gewordene Belegschaft das Verkehrs ihrer Handlungsweise ein. Sie kehrte, bis auf einige, der syndikalistischen Union den Rücken. Über ein Jahr lang keiner Organisation angehörend, mußte die Belegschaft sehr schweres über sich ergehen lassen. Die Firmenleitung brachte es fertig, die Löhne im Frühjahr 1925 zahlenmäßig noch

Nahrungsmittel-Industrie**Der Streik der Konserverarbeiter in Braunschweig.**

Ein Streik hat in einer Nahrungsmittel-Industrie eine ganz besondere politische Bedeutung. Darüber müssen sich die Beteiligten klar sein vor Anwendung dieses Mittels. Von diesem Standpunkt ausgehend, hat auch unsere Organisation stets versucht, Streiks in der Nahrungsmittel-Industrie nach Möglichkeit zu vermeiden. Wie liegen nun die Dinge in Braunschweig und warum kam es hier zum Streik? Braunschweig gehörte seit längerer Zeit zu den Orten und Bezirken, die nicht die höchsten Löhne in der Konserver-Industrie zahlten. Da nun die Konserver-Industrie im Orte Braunschweig in erheblichem Umfang vertreten ist, wird die Lohnbildung des Ortes Braunschweig zum wesentlichen Teile von der Lohnhöhe in der Konserver-Industrie beeinflußt. Braunschweig ist aber auch derjenige Ort, in dem die deutsche Konserver-Industrie am stärksten vertreten ist. Deshalb haben die Braunschweiger Löhne auch größere Bedeutung für die übrigen Bezirke des Deutschen Reiches. Sie waren mit ausschlaggebend für die Lohnhöhe der Konserverarbeiter in anderen Gegenden. Stets beriefen sich die Arbeitgeber der Konserver-Industrie anderer Bezirke auf die Löhne der Braunschweiger Konkurrenz. Die Arbeiterschaft Braunschweigs hat daher manchen Vorwurf von ihren Kollegen im übrigen Deutschen Reiche einstecken müssen.

Für die diesjährige Spargelzeit war nun seitens der Organisation mit Zustimmung der ständigen Konserverarbeiter ein Lohnabkommen abgeschlossen, mit dem ein erheblicher Teil der neu hinzukommenden Kampagnearbeiterinnen im Laufe der Kampagne nicht zufrieden war. Die Löhne der Arbeiterinnen in Braunschweig betrugen — in 60 Prozent der Männerlöhne. In einzelnen Betrieben wurden von den Arbeiterinnen an die Betriebsleitungen Forderungen auf Zugaben gestellt. Einzelne Arbeitgeber versuchten die Sache so darzustellen, als sei die Organisation mißschuld an diesen niedrigen Löhnen, denn sie habe sie abgeschlossen. Das ist die achtungserzwingende Taktik, den Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen den größten Widerstand entgegenzusetzen und sich nachher auf die mit der Gewerkschaft abgeschlossenen Verträge in einer Form zu berufen, die die Arbeiterschaft gegen die Organisation aufbringen muß. Auf Drängen der Arbeiterinnen wurde in einem Betriebe eine Zulage über den tariflichen Lohn hinaus gegeben, ein Beweis, daß man höhere Löhne zahlen konnte. Andere Betriebe folgten diesem Beispiel oder machten Versprechungen, und von der Organisation verlangte man, sie solle für Einhaltung des Tarifvertrages eintreten. Dass dieses für eine Organisation unter solchen Umständen geradezu unmöglich ist, darüber müßte sich jeder Arbeitgeber klar sein.

So nahm der Konkurrent Formen an, die für Vertragsparteien nicht gerade erwünscht sind. Die Differenzen wurden durch einen von beiden Parteien unerkannten unparteiischen Schlichtungsausschuß beigelegt, indem ein Spruch gefällt wurde, der den Wünschen der Arbeiter, namentlich aber der Arbeiterrinnen, nicht entsprach, dem man sich aber fügte. Der Tarifvertrag lief nunreht zum 1. August regulär ab. Bei den zum Ablauf des Vertrages eingeleiteten Verhandlungen lehnten die Arbeitgeber jedes Zugeständnis in der Lohnfrage ab. Sie verlangten im Gegenteil einen Lohnabbau von 10 Prozent. Diese Provokation mußte die Arbeiterschaft besonders erregen in einer Zeit fortgesetzter Preissteigerungen. Vor dem tariflichen Instanzen kam es zu keiner Einigung, und mit Ablauf des Tarifvertrages trat die Braunschweiger Arbeiterschaft in den Streik.

Der Schlichtungsausschuß in Braunschweig griff von Anfang wegen ein und fällte am 3. August einen Spruch dahingehend, daß die bisherigen Löhne bis zum 18. August weiter gelten sollten. Am 15. August sollte über die neue Lohnregelung verhandelt werden. Die Arbeiterschaft lehnte diesen Spruch ab und verblieb im Streik. Der Streik wurde dann zwei Tage später durch einen Vergleich beigelegt, wonach Arbeiter sowie Arbeiterrinnen ab 18. August eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde erhielten. In einer überaus lärmischen Versammlung nahm die Arbeiterschaft zu diesem Ergebnis Stellung und die Arbeit wurde am darauffolgenden Tage aufgenommen. Also auch in dieser Situation hat die Arbeiterschaft ernst bewiesen, daß sie die Bedeutung eines Streiks in der Nahrungsmittel-Industrie zu würdigen weiß.

In einem längeren Aufsatz nimmt nun die Zeitschrift "Die Konserver-Industrie", Fachorgan der deutschen Konserver-Industrie, zu diesem Streik Stellung. Es wird dort der Schiedsspruch des amtlichen Schlichtungsausschusses, der während des Streiks Anfang August gefüllt wurde, angezogen und es wird so dargestellt, als sei die Arbeiterschaft verpflichtet gewesen, diesen Schiedsspruch anzunehmen. In dem Artikel heißt es dann weiter:

Der Streik selbst ist ein Zeichen dafür, daß auf die Arbeiterschaft von den Arbeitnehmern kein Wert mehr gelegt wird. In Arbeitgeberkreisen ist man der Meinung, daß durch diesen Streik der Reichsrahmentarif zerstört ist und daß man in Zukunft von Verhandlungen von Organisation zu Organisation wird abschauen können, da sie ja praktisch keinen Erfolg haben. Wenn trotz des Bestehens der Arbeiterschaft und trotz abgeschlossener Lohnsätze kurz hinfreimender zweimal Vertragsbrüche auf Arbeitnerseite vorkommen, so ist es schade um die viele Zeit, die man auf die Verhandlungen mit den Gewerkschaften verwendet.

Hierzu ist zu sagen: Eine Arbeiterschaft haben wir auch in der Konserver-Industrie nicht mehr, wohl aber eine Tarifgemeinschaft, und diese soll wohl gemeint sein. Wir müssen auch einen Tarifbruch ganz entschieden in Abrede stellen. Wenn im ersten Falle der Tarif nicht eingehalten würde, so sind die Arbeitgeber selbst daran schuld, denn sie haben auf sophistische Art die Gewerkschaften in eine zuhaltbare Situation gebracht. Durch ihre Behauptung, die Organisation sei mit schuld an den niedrigen Löhnen, haben sie den Verband in eine passive Stellung gedrängt. Oder erwarteten die Herren etwa, der "Schuldige" sollte sich noch mehr schuldig machen? Im zweiten Falle kann von einem Tarifbruch erst recht keine Rede sein. Die Tarifinstanzen waren, wie bereits oben geschildert, zu einem Ergebnis nicht gekommen. Die Instanzen waren durchlaufen. Es bestand mit Ablauf des

Die Wucherzölle

Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen.

Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben —
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.

Heinrich Heine.

